

## Editorial

### „Gouvernementalität“

Die Arbeiten des französischen Philosophen und Historikers Michel Foucault haben in den Gesellschaftswissenschaften zu neuen Auseinandersetzungen um die Begriffe von Macht, Subjekt und Wissen geführt. Foucault hat seine Begriffe in historischen Studien entwickelt, die über die historische Rekonstruktion hinaus immer auch eine „Ethnologie der eigenen Gesellschaft“ waren. Dabei ist die foucaultsche „Geschichte der Gegenwart“ eine Geschichte des Ausschlusses, des Zum-Schweigen-Bringens, der Normalisierung und Disziplinierung. Es ist die Geschichte derer, die zu Wahnsinnigen, zu Kranken, zu Delinquenten und zu Abnormen gemacht wurden. In diese Reihe ließe sich auch der „Wilde“ als ein weiterer Anderer eingliedern. Doch ein blinder Fleck Foucaults ist die „Dritte Welt“. Mit Ausnahme einer Artikelreihe über die iranische Revolution hat Foucault selbst sich nicht mit entwicklungstheoretischen Fragestellungen auseinandergesetzt.

Dennoch hat der recht spät einsetzende Griff der Entwicklungstheoretiker in die foucaultsche „Werkzeugkiste“ die Auseinandersetzung um die „Dritte Welt“ bereichert. Ein zentraler Ansatzpunkt ist die Kritik am Entwicklungsdenken, verstanden als ein über Stadien und linear verlaufendes, stets höher weisendes Vorschreiten von Gesellschaften nach dem Leitbild der Industrieländer. Foucault hatte sich bereits in seinen frühen, epistemologischen Arbeiten gegen eine derartige, von Hegel stammende Geschichtsvorstellung gewandt und stattdessen in Anschluss an die Annales-Schule, aber auch an die Epistemologie Bachelards und Canguilhem das Modell einer Geschichte von Brüchen vertreten. In der foucaultschen Archäologie des Wissens liegen die Wissensschichten gleich den Erdschichten übereinander, ohne durch eine übergreifende Logik miteinander verbunden zu sein. Über diese epistemologische Kritik am Entwicklungsdenken hinaus legt der genealogische Zugang, wie Foucault ihn mit der machttheoretischen Wende des Diskursbegriffes in „Die Ordnung des Diskurses“ skizziert, nahe, den Entwicklungsdiskurs auch als Ausübung von Macht zu kritisieren. Im Diskurs von Entwicklung wird die Norm der industrialisierten, westlichen Industrieländer mit dem spezifischen männlichen, weißen, rationalen Subjekt entworfen, dessen Anderes der Unter-Entwickelte, Rück-Ständige ist.

In der jüngsten Zeit wird in der Auseinandersetzung um Foucault vor allem das Konzept der „Gouvernementalität“ aufgegriffen. Bei Foucault dient der Neologismus „Gouvernementalité“, der sich aus den Worten „*gouverner* – regieren“ und „*mentalité* – Mentalität“ zusammensetzt, in erster Linie als Korrektur seiner in dem binären Schema souveräne Macht vs. Disziplinarmacht gefangenen Machttheorie. Mit dem Begriff der Gouvernementalität rückt Foucault die Genealogie des modernen Staates als Makroebene und die Genealogie des Subjekts als Mikroebene in einen gemeinsamen Zusammenhang. Für die aktuelle Diskussion um Gouvernementalität ist jedoch weniger der Anschluss an die Genealogie entscheidend, sondern vielmehr an die von Foucault gelegten Ansätze einer neoliberalen Gouvernementalität.

In den 1990er Jahren bildete sich angesichts der Kritik an Modernisierungsstrategien, die die Interessen der lokalen Bevölkerung oft völlig ignorierten, der Implosion der Gesellschaften sowjetischen Typs und des postmodernen Endes der großen Theorien der *post-development*-Ansatz heraus. Hierbei handelt es sich um keine einheitliche Theorierichtung. Vielmehr ist die dem *cultural turn* in den Sozialwissenschaften folgende Kritik am Konzept „Entwicklung“ das Gemeinsame. Aram Ziai diskutiert in seinem Überblicksartikel wesentliche Ansätze des *post-development* aus foucaultscher Perspektive. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass mit Rückgriff auf Foucault durchaus neue Sachverhalte ins Blickfeld rückten. Gleichwohl sei die Anwendung foucaultscher Kategorien auf Entwicklung keineswegs ausgeschöpft, da es viele der *post-development*-Ansätze bei einer oberflächlichen Foucault-Rezeption hätten bewenden lassen.

Es entspricht der Arbeitsweise Foucaults von Ereignissen aus zu denken, die historische Brüche markieren, an denen sich Diskurse bilden und die sich zu Dispositiven, verstanden als Ensemble von Diskursen und Institutionen, verdichten. In diesem Sinne analysiert Siegfried Timpf die Herausbildung des Dispositivs der „Nachhaltigen Entwicklung“, in dem sich alle Akteure bewegen müssen, um innerhalb gesellschaftlicher Diskurse überhaupt wahrgenommen zu werden. Timpf belegt das am Beispiel der politischen Leitbilder und des Konfliktverhaltens so unterschiedlicher Akteure wie des BDI, der BUKO, der Shell AG und Greenpeace.

Susanne Schultz macht in ihrer Kritik gegenwärtiger Bevölkerungspolitik deutlich, wie sehr neoliberale Regierung, Bio-Macht und Selbstführung zusammengehören. Dies zeigt sich vor allem in der Artikulation neoliberaler Regierung mit neomalthusianischen Bevölkerungspolitiken. Gerade diese Artikulation wird jedoch von dominanten Frauen-NGO bestritten, als Anachronismus abgetan oder mit einem reduzierten Staatsverständnis gar positiv gewendet. Damit agieren Frauen-NGO innerhalb der neoliberalen politischen Rationalität.

Dies verweist auf eine wichtige Neuerung, die mit dem Gouvernementalitätsansatz einhergeht. Nichtregierungsorganisationen und Neue Soziale Bewegun-

gen werden nicht per se als emanzipative Akteure gesehen, sondern sind ganz im Gegenteil eingebunden in die Spiele der Macht und können letztlich zu ihrer eigenen Verherrschaftung beitragen. Verónica Schild macht am Beispiel des chilenischen Transitionsprozesses nach Ende der Pinochet-Diktatur 1990 deutlich, wie Frauenorganisationen, die im anti-diktatorischen Kampf eine entscheidende Rolle spielten, unter den post-diktatorischen Regierungen die Grundlage für einen breiten Konsens des neoliberalen Modells bereiten. Flexibilisierte Frauenarbeit und die Selbstkonstituierung von Frauen als Kleinstunternehmerinnen sind dabei eine Grundlage neoliberalen Regierens.

In diese Richtung argumentiert auch Gottfried Oy in seinem Beitrag zu Gegenöffentlichkeit, der im Rahmen der von *PERIPHERIE*, Ludwig Quidde-Forum und *Institut für Theologie und Politik* zu Anfang dieses Jahres veranstalteten Tagung „Globalisierung, Soziale Bewegungen und kritische Publizistik“ entstand. Alternative Medien haben mit ihren Formen der Selbstausbeutung und der Innovation letztlich mit zu neuen, flexibilisierten Arbeitsbeziehungen beigetragen. Doch sollte man nicht das Kind mit dem Bade ausschütten: Im Kampf um kulturellen Hegemonie sind weiterhin alternative Formen der Wissensproduktion und -verbreitung vonnöten. Angesichts der Globalisierungssituation sind sie vor die Aufgabe gestellt, über den nationalen Tellerrand hinauszublicken. Gerade die verblieben Zeitschriften die – wie auch die *PERIPHERIE* – im Kontext der heute real inexistenten „Dritte-Welt-Bewegung“ entstanden sind, stehen hier vor neuen Herausforderungen, die sich verstärkt aus einer transnationalen Ausrichtung ergeben.

Zusätzlich zu dieser Herausforderung hat die *PERIPHERIE* den Anspruch, wissenschaftlich hochwertige Artikel zu publizieren. Auch in diesem Jahr gelang dies zu einem nicht unerblichen Maße Dank der kritischen und einfühlsamen Gutachterarbeit durch die Mitglieder des Beirates der *PERIPHERIE*. Ihnen sei an dieser Stelle herzlichst gedankt.